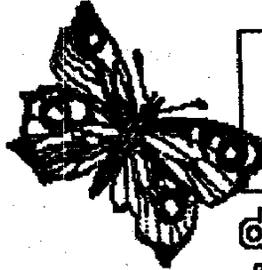


DA *ökologisch*
social
demokratischer aufbruch

 **DJ**
demokratie
jetzt

Der Demokratische Aufbruch und Demokratie Jetzt in Magdeburg,
haben ein Arbeits- und Aktionsbündnis geschlossen!

Demokratie ist
die Herrschaft
des Volkes

Wir sind das
Volk

Auch Du



"Nei war ich Stalinist"

Eure Forderungen - Unsere Ziele

Wo steht der Demokratische Aufbruch?

Der DA, der als Initiativgruppe arbeitet, konstituiert sich am 16.-17.12.1989 in Leipzig zur Partei.

Eine notwendige Voraussetzung für jeden Schritt in die Zukunft ist die Demokratie. Politisch heißt das: Pluralismus in der Parteienlandschaft.

Wir streben den Weg zu einer weitgehenden Marktwirtschaft unter strikter Wahrung ökologischer und sozialer Verantwortung an.

Aktivitäten des Demokratischen Aufbruch:

- der DA ist aktives Mitglied im Bürgerkomitee der Stadt Magdeburg
- der DA steht im regelmäßigen Dialog mit dem OB und den Räten
- wir organisieren Demonstrationen mit den anderen demokratischen Initiativen
- wir haben das Erscheinen einer Zeitung der demokratischen Initiativen mit durchgesetzt
- wir treten aktiv für eine Koalition der neuen Initiativen und Parteien ein
- wir haben Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen gebildet

Damit auch wir zur wirklichen Gleichberechtigung der Frau beitragen können suchen wir noch viele weibliche Mitglieder

kommt zum DA

Am 21.12.1989 um 19.30 Uhr findet in der Max-Josef-Metzger-Straße 1a eine öffentliche Vollversammlung statt.

Konto des DA: 32 72 - 49 - 16 14
Umweltkonto des DA: 32 72 - 42 - 16 08

Kontaktadresse des Demokratischen Aufbruch:

» Dr. G. Loettel » Otto-Grotewohl-Straße 14 » 3033 Magdeburg » Tel. 61 32 64 »

Demokratie Jetzt

"Demokratie Jetzt" (DJ) tritt als Bürgerinitiative für eine demokratische Gesellschaft ein. Schon als es noch nicht Mode war forderten wir: Freiheit des Staates von der Politbürokratie, freie und geheime Wahlen, ein neues Mediengesetz, Rechtsreform, unabhängige Gewerkschaften und Reisefreiheit. Heute vertritt das sogar die SED. Ohne Anstöße wäre diese "Wende" nicht gekommen. Von DJ kamen dabei:

- der Aufruf zur Volksabstimmung über den Führungsanspruch der SED
 - der Vorschlag des "Runden Tisches" auch für die neuen politischen Kräfte
- DJ will nicht Partei sein, sondern als Bürgerinitiative arbeiten. Wir werden uns nicht zur Wahl stellen. Unbelastet vom Zwang zu Programmen und Statuten, vom Werben um "Wählergunst" wollen wir den Prozeß der Veränderungen aufmerksam begleiten, unsere Meinung sagen und Nötiges tun. DJ will sowohl nachdenken über besonders Drängendes (Deutschlandfrage, Wirtschaftskonzepte, und Strukturen einer demokratischen Gesellschaft) als auch dringende Veränderungen (Auflösung des Amtes für Nationale (Un) Sicherheit, Offenlegung der Parteifinzen) einfordern. Darüber hinaus wollen wir mit neuen Parteien und Gruppen mit demokratisch Zielen zusammengehen. Mit dem DA haben wir ein Arbeits- und Aktionsbündnis geschlossen und werden ihm in Magdeburg als künftige Partei unterstützen. Erste Schritte zu einer "Wahlkoalition" sind schon getan:

- Demonstrationen werden gemeinsam getragen
- im Bürgerkomitee arbeiten NF SDP DA und DJ-Mitglieder zusammen
- die "Andere Zeitung" wird künftig gemeinsam herausgegeben

Eine neue Gesellschaft braucht neue - nicht nur "erneuerte" - Kräfte, um stalinistischen Ungeist zu überwinden. Auch Ihre Kraft, Ihre Phantasie werden gebraucht. Wenn sie an der Arbeit von DJ interessiert sind, wenden sie sich an

» Dietmar Andre » Goethestraße 28 » 3080 Magdeburg »

Flugblatt für die Demokratie

Der "Demokratische Aufbruch"(DA) ist ein Teil der politischen Opposition in der DDR. Er tritt für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis ein.

Wir fordern die Verwirklichung aller in der Verfassung garantierten und international vereinbarten Menschenrechte !

Dazu gehören

- das Recht auf Reisefreiheit einschließlich des Rechtes auf Rückkehr ins eigene Land;
- das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes;
- das Recht auf Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit einschließlich des Rechtes auf ungehinderte politische Willensbildung in Parteien und Vereinen (außer wenn damit faschistisches, chauvinistisches und militaristisches Gedankengut propagiert wird);
- das Recht auf freie und geheime Wahl zwischen unterschiedlichen Programmen und Personen.

Wir fordern Reformen im Bildungswesen, die eine freie Persönlichkeitsentwicklung ohne ideologische Bevormundung ermöglichen.

Wir fordern Reformen im Strafrecht und im Strafvollzugsrecht, die die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat stärken.

Wir fordern politische Reformen, die den bisher praktizierten staatlichen Zentralismus der SED beseitigen. Dazu gehört die Errichtung einer Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit.

Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die die Qualität der Umwelt verbessert, nicht die natürlichen Ressourcen vergeudet und keinen Raubbau betreibt, die die schleichende Inflation bekämpft, die Leistung und Verantwortungsbereitschaft fördert.

Dazu gehören

- Abschaffung von Privilegien und Bevorzugungen für nichterbrachte Leistungen;
- Änderung einer restriktiven Steuer- und Zulassungspolitik für Handwerksbetriebe;
- Abbau unsinniger Subventionen zugunsten einer gezielten Unterstützung der sozial Schwachen;
- eine vordringlich durchzuführende umfassende Rentenreform;
- die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und Betriebsräte von staatlicher und parteipolitischer Bevormundung;
- Einsparung im Militär- und Sicherheitswesen zur Freisetzung materieller und personeller Reserven.

Der Demokratische Aufbruch hält die gegenwärtigen vorhandenen politischen Strukturen nicht für ausreichend, den notwendigen Demokratisierungsprozeß zu gewährleisten. Darum hat er sich als politische Vereinigung außerhalb der Nationalen Front formiert. Seine Mitglieder wehren sich gegen die Unterstellung, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen. Sie stehen ein für die Umgestaltung untragbarer Zustände, um eine neue Glaubwürdigkeit der Politik herzustellen. Sie stehen ein für eine Umgestaltung untragbarer Zustände, um die zukünftige Existenz der DDR als Friedensfaktor in Europa zu ermöglichen.

Demokratischer Aufbruch
